Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

20 Goldpfennig — 200 Milliarden Papiermark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonntag, 18. Mai 1924

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—33. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 6980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst regelmäßig täglich. Wochenpreis (Sonntag bis Sonnabend) 1.— Goldmark.

Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 48. Bei unverschuldeter Nichtlieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark für die 6 mal 30 mm breite Millimeter-Zeile. Beilagenanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

18. 5. 24 — Nr. 233 — 200 Milliarden — 63. Jahrgang.

Briand, Herriot oder Caillaux.

Die Wunschliste der Linken für das neue Kabinett.

sf. **Paris**, 17. 5. (Eigenbericht.)

Die parlamentarische Lage hat sich immer noch nicht geklärt, man kann eher das Gegenteil behaupten. Das „Journal du Peuple" freut sich des Triumphes über den nationalen Block. Die nächste Kammer soll einige sozialistische Forderungen durchsetzen, so die Amnestie, die Berufswahlzeiten, etwas gerechtere Steuern, weniger die Politik von Cannes, den Garantie-Pakt, die deutschen Zahlungen und die Durchführung des Expertenberichts.

Aber diese Mäßigung ist nur taktisch, denn das Blatt erklärt, die Stunde der Sozialisten habe noch nicht geschlagen. Es dürften keine Sozialisten ins Ministerium eintreten. Dies dürfte erst dann geschehen, wenn sie die Macht allein übernehmen können. Bis dahin wurden sie die kommenden Linksregierungen unterstützen, aber Herriot scheint diesem Blatt hierzu nicht recht geeignet. Trotz seiner Talente an seiner Eitelkeit scheine er zu wenig Rückgrat zu besitzen, um jetzt Ministerpräsident zu werden. Sei doch noch Painlevé geschieden. Wie aber Herriot die Macht nehmen, wenn ihn sein Herz dazu treibe. Denn Blatt scheinen nur Briand und Caillaux geeignet. Da Caillaux noch verbannt ist, bleibe nur Briand und dieser müsse die Politik dort fortsetzen, wo er vor zwei Jahren in Cannes unterbrochen wurde.

Auch wenn ihn der Sozialismus unterstütze, bereite dieser sich dann die eigene Zukunft vor. In einem zweiten Aufsatz erinnert das gleiche Blatt daran, daß Republikaner, Radikale und Radikalsozialisten vor 16 Monaten mit Millerand vereint ins Rathaus gingen, aber man müsse diese Dinge jetzt vergessen sein lassen und zusammenstehen.

„Peuple" verlangt heute in langen Ausführungen vorerst die große Amnestie. Es ist bemerkenswert, daß die meisten Blätter in dieser Amnestie auch den Attentäter auf Clemenceau einbegreifen zu sehen wünschen, nicht nur die Deserteure und Saboteure.

Die meisten extremen linken Blätter haben für morgen zu einer Gedenkfeier für die Toten der Kommune von 1871 ein. Hier werden sich Sozialdemokraten, Syndikalisten und Kommunisten treffen.

Dieser verschärften Radikalisierung des linken Flügels seitens des rechten Flügels der Sieger nur die heute vorwiegend gemeinsame Programmerfüllung Herriots, Poincarés und Briands gegenüber. Es ist begreiflich, daß die Besiegten dieses Programm kritisieren und selbstredend, daß es Poincaré auch unterschreiben kann, wenn man den Worten den richtigen Sinn beilegen. Die Rechtsblätter bekommen immer wieder die Schwierigkeiten der Lage für die Sieger, wenn sie ihre Vorschreibungen halten wollen. „Liberté" findet, daß durch den Vorschlag der Steuererhöhungen und durch die Erhöhung der Gehälter und Pensionen fünf Milliarden Einnahmen verschlossen und zwei Milliarden Ausgaben hinzukommen. Um den Versprechungen nachzukommen, müsse man zur Inflation oder zur Kapitalsteuer greifen. „Ecluse" glaubt nicht, daß die Unterstützung der radikalen Regierung durch die Sozialisten bis zu den sozialistischen 1924 so lange dauern werde wie 1902.

Mac Donald bereit, nach Paris zu fahren.

London, 17. 5. (W. T. B.) **Wie Reuter erfährt, wünscht Mac Donald nicht, daß der Plan einer Zusammenkunft der Alliierten scheitere. Er hege den Wunsch, selbst nach Paris zu fahren, um mit dem französischen Ministerpräsidenten zusammenzutreffen, da die Schwierigkeiten, denen sich dieser gegenüberstehe, größer seien, als seine eigenen.**

Die deutsch-französischen Eisenbahnverhandlungen.

Paris, 17. 5. Staatssekretär Dr. Bergmann ist heute in Paris eingetroffen und hatte mit dem Sachverständigen für Eisenbahnfragen Leverve eine erste Zusammenkunft, die sich auf die Organisierung der Eisenbahnverhandlungen bezog. Die Besprechung betraf nur die rein technischen Fragen der Angelegenheit. Es wurde beschlossen, daß Einzelheiten zu kommenden Donnerstag, den 22. Mai, durch Sachverständige in Angriff genommen werden sollen.

Aus dem Inhalt der Beilagen.

Erstes Beiblatt:
Abfeits vom Wege. (Stefanie Vollmer). — 200 Jahre europäische Gesundheit (Prof. Paul Thiem). — Sport.

Zweites Beiblatt:
Agrarkredit (Fritzjof Melzer). — Deutsche „Stimme" (Reichsdirektor Dr. Wenzel). — Ferdinand Lassalle und die Gräfin Hatzfeldt (Richard Sternfeld). — Rätsel, Schach.

Drittes Beiblatt:
Das Ergebnis der Reichstagswahlen 1924. — Polens europäische Lage (Walter Mischke).

„Welt und Werk" (Sonntagsbeilage):
Launen der Schöpfung (Geheimer Medizinalrat Dr. Richter, Berlin). — Die Physiologie der Jugendlichen (Professor Dr. Eduard Spranger, Berlin). — Jäger-Plätzer. Physiognomische Betrachtungen (R. Julien). — Das Bessiseinmärchen (Hans Franck). — Das Lächeln der Mona Lisa (Max Lenzel). — Schattenbilder (Hans Friedrich Blunck). — Von neuen Büchern.

„Kraft und Stoff":
Oesterreichs Wehrkräfte. — Odbrecht-Leuna zu Benzin. — Amerikanische Kompressionsbahn (Architekt E. Rade). — Rohrleitungen aus Holz. — Wickungsgrad (Dr.-Ing. Stanner).

Londoner Markkurs:
1 Pfund: 18³/₄ Billionen Mark.

Fortsetzung der Verhandlungen.

Theunis und Jaspar heute bei Mussolini.

a. **London**, 17. 5. (Eigenbericht.)

Die diplomatischen Verhandlungen zwischen Paris und London dauern fort und bewähren sich nach den Informationen von Reuter, einen Weg zu finden, um trotz der in Frankreich eingetretenen politischen Veränderung eine baldige Durchführung des Finanzberichts zu ermöglichen. Bevor ein entscheidender Beschluß gefaßt wird, wird jedoch wahrscheinlich der Zusammentritt einer Interalliierten Konferenz notwendig sein, die kaum vor Mitte oder Ende des nächsten Monats stattfinden könnte. Auch die mögliche Zusammenkunft zwischen Mussolini und den belgischen Ministern in Mailand wird nach dieser Aufklärung dazu führen, daß Mussolini auf die Notwendigkeit einer interalliierten Konferenz hinweisen wird.

*

Der „Daily Telegraph" veröffentlicht eine etwas merkwürdige Information, wonach amtliche türkische Stellen gegenwärtig damit beschäftigt seien, eine Liste aller ausländischen politischen Organisationen, Zeitungen und Parlamentarier aufzustellen, welche in den letzten Jahren Gelegenheit irgendwelcher Art von der Türkei angenommen oder verlangt haben; auch Gesuche um Konzessionen sollen in die Liste aufgezählt werden. Von einem einzigen europäischen Staate, der leider nicht mit Namen genannt wird, sollen nach türkischer Darstellung 200 000 Pfund für Bestechungen ausgegeben worden sein. Das genannte Blatt legt hinzu, es ist nicht ganz klar, welchen Zweck diese Liste dienen soll, aber ihre Veröffentlichung sei nicht unwahrscheinlich.

Der italienisch-tschechische Vertrag perfekt.

fr. **Mailand**, 17. 5. (Eigenbericht.) Amtlich wird mitgeteilt, daß der italienisch-tschechische Vertrag virtuell abgeschlossen worden sei, der formelle Abschluß wird allerdings noch einige Zeit auf sich warten lassen, da Wolkoff noch damit befaßt werden muß. Doch hat das weitere keine Bedeutung. Der Vertrag soll rein politischer Natur sein. Es sei ein Freundschaftsvertrag, der im bohnenden die Aufrechterhaltung des Friedenszustandes und der Konsolidierung Mitteleuropas im Auge habe. Die wirtschaftlichen Fragen werden wie bisher besonders behandelt werden.

Die Zusammenkunft zwischen Mussolini, Theunis und Hymans findet voraussichtlich erst am Montag abend ein Ende. Die belgischen Minister treffen morgen mittag um 5¾ Uhr in Mailand ein. Offiziös verlautet, daß vermutlich diese Zusammenkunft den Anstoß zu einer allgemeinen Ministerbesprechung bilden werde.

Der Auswanderungskongreß in Rom hat auf Vorschlag des Vertreters von Cuba Mussolini zum Ehrenpräsidenten und den Chef des italienischen Auswanderungsamtes zum Präsidenten gewählt. Dann wurden noch acht Vizepräsidenten gewählt. Die Arbeiten werden auf vier Sektionen verteilt werden. Das Präsidium in den vier Sektionen übernimmt Deutschland, Belgien, Brasilien und Cuba.

Vor Neuwahlen in Jugoslawien.

kbg. **Wien**, 17. 5. (Eigenbericht.) Nach den aus Belgrad vorliegenden Informationen ist die Bildung eines Geschäftskabinetts durch den Oppositionellen Davidovic in Angriff genommen. Das neue Kabinett wurde nur die wichtigsten Aufgaben erledigen, um dann sofort Neuwahlen anzuschreiben. Stefan Radic, der in Wien weilende Führer der Oppositionellen, erklärte heute vor Pressevertretern, daß angeblich eine bisher geheimgehaltene Begegnung zwischen dem bulgarischen Ministerpräsidenten Zankoff und dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Pasitsch stattgefunden haben soll. Anläßlich dieser Begegnung sei unter dem Protektorat Italiens beraten worden sein, daß Jugoslawien Saloniki und Bulgarien Kavalla besetzen solle. Am Anschluß an diese Aeußerungen erschienen Erklärungen beschwichtigen, welche der gewesene Ministerpräsident Zankoff eben in der bulgarischen Sobranje abgegeben hat. Darauf befragt sich als übergeordnet Anhänger einer engeren Annäherung zwischen Jugoslawien und Bulgarien und bezeichnet es als notwendig, daß beide Teile miteinander zu einem für beide Teile nützlichen Einvernehmen gelangen.

Achte schweizerische Bundesmesse.

b. **Basel**, 17. 5. (Eigenbericht.) In Basel wurde heute die achte schweizerische Bundesmesse, die sowohl an Ausstellern wie auch in Besucherzahlen der Qualität gegenüber den vorjahre gute Fortschritte aufweist, eröffnet. Besonders stark ist auch diesmal die elektrische Industrie und die Maschinen-Industrie, darunter auch die Bundesbahnen, ferner die Textil-Industrie mit der Konfektionsindustrie, die Leder-, Wollen-, Lebens- und Genußmittelindustrie sowie Kunstseiden- und andere Gewerbe stark vertreten. Die großen Firmen der Maschinen-, Schuhen- und chemischen Industrie sind herangeblieben. Die „National-Zeitung" betont anläßlich der Eröffnung der Messe, daß die Schweizer Industrien ihren Konkurrenten gerade durch die Qualität ihrer Erzeugnisse überlegen sei. Der Schweizer Arbeiter sei dank einer im allgemeinen höheren Bildung und einer weit besseren lebensbildung seinen ausländischen Kollegen in allen Arbeiten überlegen, die eine gewisse Intelligenz oder eine besondere Fertigkeit und Gewissenhaftigkeit erfordern. Die Aussteller sind über die Entwicklung der Geschäfte sehr optimistisch gestimmt.

Australien gegen deutsche Einwanderung.

a. **London**, 17. 5. (Eigenbericht.) Nach Telegrammen aus Sydney beschloß die australische Regierung, das Einwanderungsverbot für deutsche Staatsangehörige bis Ende nächsten Jahres aufrechtzuerhalten. Nach diesem Zeitpunkt soll die Regierung über weitere Maßregeln bestimmen. Auf einen Protest der Arbeiterpartei im Parlament erklärte der Ministerpräsident, daß diese Beschränkung noch immer mit Rücksicht auf die von der Kriegszeit zurückgebliebenen Gefühle der Bevölkerung notwendig sei. Die Furcht vor der deutschen Konkurrenz, die in Australien besonders groß ist, verpaßt er zu erwähnen.

Neues Eisenbahnunglück in Italien.

Zusammenstoß des Orientexpreß mit einem Güterzug.

Laibach, 17. 5. (T. U.)

Der in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend von Laibach nach Wien Italien fahrende Expreßzug Konstantinopel—Mailand ist in der Nähe von Adelsberg (Slowenien) in der Station Prarnek infolge falscher Weichenstellung auf einen Güterzug aufgefahren. Die Bemühungen des Lokomotivführers und des Heizers, den mit einer Geschwindigkeit von 70 Kilometer fahrenden Zug durch Bremsen und Gegendampf vor einem Zusammenstoß zu bewahren, blieben erfolglos. Vier Wagen wurden zertrümmert. Der Lokomotivführer und der Heizer des Zuges retteten sich durch Abspringen von der Lokomotive. Bei dem Zusammenstoß wurden vier Personen getötet und sind schwer verletzt. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Leiter der Schlafwagengesellschaft. Der diensttuende Beamte des Durchgangsbahnhofs hat sich erschossen.

Nach weiteren vorliegenden Meldungen sind bisher sechs Tote aus den Trümmern geborgen. Die Namen der Verunglückten stehen noch nicht fest.

*

Die Unglücksstelle liegt dort an der italienisch-jugoslawischen Grenze zwischen Laibach und Triest und wird regelmäßig von den aus Konstantinopel über Belgrad—Agram—Triest—Mailand—Simplon nach Paris laufenden Expreßzügen befahren. Daß es hier wiederum zu einem schweren Eisenbahnunglück, ähnlich wie bei Bellinzona, kommen konnte, hat in der unübersichtlichen Linienführung der internationalen Züge, die seit dem Versailler Diktat aus politischen Gründen aufsatt über die gut ausgebauten und mit allen neuzeitlichen Sicherheitseinrichtungen versehenen Hauptverbindungsstrecken über weniger geeignete Schienenwege geleitet werden, seinen tiefsten Grund. Was nützen alle internationalen Verkehrskonferenzen, wenn auf ihnen nicht die notwendigen Verkehrsbedürfnisse berücksichtigt werden, sondern der Eitelkeit und der politischen Unduldsamkeit einiger um Verbandsinteressen stehenden Vertreter Rechnung getragen wird. Im früheren Jahrzehnt gab der Paris-Konstantinopeler Zug über Straßburg—München—Wien und Linz, deren technischer Zustand dem Schnellzugverkehr in jeder Hinsicht gewachsen war. Daß die neuen Staatengebilde im südlichen Europa in verkehrspolitischem Sinne ihre Pflichten nicht erfüllen können, sollten sich die Leiter der internationalen Verkehrskongresse endlich selbst eingestehen.

Deutsche Eisenbahnwagen im internationalen Verkehr.

Die Genfer Konferenz eines Berliner Blattes, daß die Schweiz mit Rücksicht auf die Katastrophe von Bellinzona jeden weiteren Verkehr von Wagen mit Gasbeleuchtung verbiete, ist inzwischen angetreten, als nach den im internationalen Verkehr geltenden Bestimmungen für den Wagenübergang Bestimmungen über die Art der Beleuchtung nicht getroffen sind und Gas und elektrische Beleuchtung gleichmäßig zugelassen sind. Wie wir von unterrichteter Seite hören, dürfte die Deutsche Reichsbahn den Schweizer Wünschen auf Verwendung von Wagen mit elektrischer Beleuchtung im Verkehr zwischen Deutschland und der Schweiz entgegenkommen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die in die Schweiz übergehenden Wagen wegen der Gebrauchsfähigkeit mit einer besonderen Bremsen ausgerüstet sein müssen. Da die elektrisch beleuchteten Wagen der Deutschen Reichsbahn diese Bremse (Henry-Bremse) nicht haben, müssen sie erst besonders hergerüstet werden.

Ungarn und Sowjetrußland.

Wien, 17. 5. (Eigenbericht.) Nach Meldung aus Budapest ist die alte zaristische Botschaft daselbst, die bis jetzt noch von Prinz Peter Oldenburg verwaltet wurde, von der diplomatischen Liste Ungarns gestrichen worden. Man nimmt an, daß auf diese Weise der erste Schritt zur kommenden Anerkennung Sowjetrußlands durch Ungarn getan ist.

Die österreichische Wehrmacht.

kbg. **Wien**, 16. 5. (Eigenbericht.) Im Nationalrat hat heute der Referent über das Heeresbudget berichtet, daß das österreichische Heer gegenwärtig 21 965 Wehrmänner zählt, statt der vorgesehenen 30 000, ferner 1317 Berufsunteroffiziere und 1347 Offiziere und 3568 sonstige Personen.

Englisches Kapital für die Tschechei.

kbg. **Wien**, 17. 5. (Eigenbericht.) Die „Neue Freie Presse" meldet aus London den Abschluß der Verhandlungen über die Ausgabe der letzten Teilquote der Anleihe für die Tschechoslowakei mit dem Londoner Haus Baring Brothers und Schroeder. Die Anleihe von 1 850 000 Pfund wird in 8% Goldbons zu 96½ % emittiert und aufgelegt werden. Gleichzeitig werden in New York 95 Millionen Dollar und in Amsterdam 200 000 Pfund dieser Anleihe aufgelegt.

Raisuli Kalif?

a. **Paris**, 17. 5. (Eigenbericht.) Aus Tanger wird hierher gemeldet, daß die spanischen Behörden von Tetuan Raisuli als Kalifen des von den Franzosen in Marokko besetzten Gebiets anerkannt haben. Die maurischen Schriftkundigen gegend haben Raisuli bereits ihre Huldigungen dargebracht.

Von französischer Seite und auch vom Sultan von Marokko wird diese Ehrung beanstandet. Denn wenn Raisuli auch als ein Nachkomme des Propheten und des ersten französischen Sultans von Marokko, Mulai Idris, gilt, so ist doch immerhin die Tatsache nicht zu leugnen, daß er ursprünglich nur ein berüchtigter Räuberhauptmann gewesen ist, der Karawanen ausplünderte. Da er aber unter den eingeborenen Stämmen eine hohe Autorität besitzt, und da die Spanier keinen Grund haben, an seiner Loyalität zu zweifeln, so würde die Madridter Regierung durch diese Ernennung großer Schwierigkeiten entheben sein.

Frankreich und Polen.

Trinksprüche im Hafen von Gdingen.

lr. **Danzig**, 17. 5. (Eigenbericht.)

Am Donnerstag traf der polnische Kriegsminister Sikorski im polnischen Kriegshafen Gdingen ein. Bei einem Frühstück, das der Admiral Jaltret, der Kommandeur der polnischen Flotte von Gdingen liegenden französischen Torpedobootsdivision, dem polnischen Kriegsminister gab, machte der französische Admiral Angaben über die Zwecke der in Gdingen begonnenen Hafenarbeiten. Der Hafen von Gdingen müsse vom Standpunkt der gemeinsamen polnisch-französischen Interessen aus auch einen sicheren Stützpunkt in der Ostsee bilden. „Ich bin glücklich", sagte der französische Admiral, „daß es mir vergönnt ist, Sie, Herr Minister, als Repräsentanten und als Oberhaupt der polnischen Armee und Kriegsflotte zu begrüßen und Ihnen mein großes Wohlwollen für die junge polnische Marine zum Ausdruck zu bringen, welche die Wege der zukünftigen Macht Polens auf dem Meere ist."

Der polnische Kriegsminister Sikorski antwortete, indem er die Ueberzeugung zum Ausdruck brachte, daß die französische Kriegsflotte bei ihrem nächsten Besuch in Gdingen ganz andere Verhältnisse vorfinden werde.

Darauf begaben sich General Sikorski, der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Strasburger, und der französische Admiral an Bord eines polnischen Torpedobootes zu einer Fahrt nach Danzig. Dort besichtigte der polnische Kriegsminister das Danziger Hafengelände und die Halbinsel Westerplatte, die bekanntlich nach dem Beschluß des Völkerbunds zu einem Munitionslagerplatz für Polen ausersehen ist. Der polnische Kriegsminister fuhr dann nach in den inneren Hafen Danzigs, um auf dem sogenannten Kohlen das Gelände zu besichtigen, das Polen vom Völkerbund zur Verfügung gestellt wurde, um das nicht explosive Kriegsgerät aufzunehmen.

Danziger Landwirtschaftsausstellung

lr. **Danzig**, 17. 5. (Eigenbericht.) Die ersten Ausstellungstage der großen landwirtschaftlichen Ausstellung in Danzig am Freitag war ein Beweis von über 10 000 Personen zu verzeichnen. Die Qualität des ausgestellten Viehes und der Pferde ist sehr gut. Der größte Teil des Tiermaterials ist als erstklassig anzusprechen. Besonderes Interesse wurde einer Ausprache des früheren langjährigen Vorsitzenden der westpreußischen Landwirtschaftskammer entgegengebracht. Der bekannte Kammerherr v. Oldenburg-Januschau führte in seiner markanten Art u. a. aus: „Wenigen Herzens gedenke ich meiner Tätigkeit als früherer Vorsitzender der westpreußischen Landwirtschaftskammer, sowie des Bundes der Landwirte, ferner Zeiten des Glückes, der Ehre und des Ruhmes, die wir Landwirte gemeinsam durchleben durften. Vor meiner Seele stehen nicht nur meine lebenden Freunde, sondern auch die Toten und Gefallenen. Auch jene verbindet auch die Liebe mit meinen treuen Bundesfreunden in der Freien Stadt Danzig." Redner gedachte dann des freundschaftlichen Verhältnisses des Staates zu der westpreußischen Landwirtschaftskammer und den Danziger Behörden unter den drei Oberpräsidenten v. Gossler, Delbrück und v. Jagow und führte dann aus: „Die Stadt Danzig kann sich glücklich schätzen, treue einen Präsidenten an der Spitze zu haben, der es verstanden hat, mit großem Geschick, Vorsicht und Verständnis für die gegebene Situation die Angelegenheiten des Staates zu fördern. Ihr Präsident, ich will Ihnen wünschen, daß es Ihnen vergönnt sein möge, weiterhin wie bisher zum Nutzen der Freien Stadt zu wirken."

*

Königsberg, 17. 5. Im Landwirtschaftsrat ist in den Ausführungen an die Deutsche Notrufe in den letzten Tagen ein Rückgang zu verzeichnen. Der Zeit ist die Notrufe noch auf 189 Gütern mit 1600 Helfern eingesetzt.

Der Fall Bozenhardt.

Ist der Sache Bozenhardt hat die Berliner politische Polizei außer dem Angestellten der russischen Handelsvertretung Otto Lehmann und der Geliebten des Bozenhardt, Helene Ahmann, noch weitere sechs Mitglieder der Familie Ahmann wegen Begünstigung festgenommen. Gegen sämtliche Festgenommenen ist vom Untersuchungsrichter bereits Haftbefehl erlassen.

Bei den politischen Vernehmungen benahm sich Lehmann — im Gegensatz zu den meisten Festgenommenen — äußerst widerspöstig; das gleiche Verhalten hat er bereits am 3. Mai bei der Durchsuchung der Handelsvertretung an den Tag gelegt.

Außer bemerkenswerten Schriftstücken, die bei Lehmann und Bozenhardt gefunden wurden, nahm die Polizei der Geliebten des Bozenhardt 3000 amerikanische Dollarnoten ab. Dieses Geld war der Rest eines Dollardurtrages, den Bozenhardt wenige Tage nach seiner Flucht von der Kasse der Handelsvertretung erhalten hatte.

Verbot der „Roten Fahne".

Der Polizeipräsident von Berlin hat auf Grund der Verordnung über den zivilen Ausnahmezustand „Die Rote Fahne" nebst ihrem Montagblatt „Die Rote Fahne" vom Montag an ihrem Kopfblatt „Die Rote Fahne für die Provinz Brandenburg und die Lausitz" für die Zeit vom 18. Mai bis zum 14. Juni dieses Jahres verboten. Das Verbot wird darauf gestützt, daß die genannten Zeitungen eine gesetzwidrige Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform anstreben und diese Bestrebungen in den letzten Ausgaben unter Anreizung zu Gewaltsamkeiten zum Ausdruck gebracht haben.

Das Verfahren gegen Kahr, Lossow und Seisser eingestellt.

München, 17. 5. (W. T. B.) Das wegen angeblicher Beteiligung am Hitler-Putsch gegen Dr. v. Kahr, General v. Lossow und Oberst v. Seisser eingeleitete Ermittlungsverfahren ist eingestellt worden.

Der zweite Separatistenprozeß.

Mit Zuchthaus bestraft.

m. **Stuttgart**, 17. 5. (Eigenbericht.) Dem zweiten Separatistenprozeß vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes lag die Separatistenbewegung im Rheinpfalz, die Besetzung von Wiesbaden und Langenschwalbach durch die Separatisten aus Cuxs und aus der Pfalz zugrunde. An den Vorgängen in Langenschwalbach war der heutige Angeklagte, der 22 Jahre alte Karl Brüggemann aus Frankenthal, ein geborener Mannheimer, beteiligt. Nach dieser Anklage, der seit Februar 1923 arbeitslos war, suchte die Schuld für seinen Beitritt zu den Separatisten mit Arbeitslosigkeit und Not zu begründen. Durch einen französischen Beamten der Eisenbahnpost wurde er als separatistischer Soldat für die separatistische Rheinarmee angeworben und fuhr nach Wiesbaden. Dann wurde das Kurhaus in Langenschwalbach, in den sich das Bürgermeisteramt geflüchtet hatte, durch Einschlagen der Fenster und Türen gestürmt.

Die französischen Truppen sperrten während dieser Zeit das Gebäude in weitem Umkreise ab, damit die Bevölkerung die Separatisten nicht stören könne. Während der Angeklagte in der darauf folgenden Nacht auf Wache war, fand die furchtbare Mißhandlung der beiden eingefangenen Polizeibeamten durch den Separatistenführer Breex statt. Dieses Schauspiel, ein etwa 25 Jahre alter Bursche, mißhandelte die beiden Beamten, weil sie sich weigerten, in separatistische Dienste zu treten, daß die beiden wohl geistesbeschränkten dienstunfähig sein werden.

Von Ludwigshafen ging der Angeklagte nach Mannheim, wo er verhaftet werden konnte. In seinem Besitz wurden noch die Landesverräterbriefe und die Verräterausweiskarte, wie der Vorsitzende dies Abzeichen nannte, gefunden. Der Reichsanwalt beantragte 5 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust wegen Hochverrats, da die Schwere der Gesinnung des Angeklagten erwiesen sei, und 500 Goldmark Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik.

Nach halbstündiger Beratung verkündete das Gericht folgendes

Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Beihilfe zum Hochverrat zum Ausgang des Reichsamnestiegesetzes zu 5 Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrverlust und 500 Goldmark Geldstrafe, die durch die Untersuchungshaft verbüßt ist, verurteilt.

Der Senat hat vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofes beschlußfähig sich mit dem kommunistischen Antrag verschoben, die in diesem von allem gegen Ende des vorigen Jahres unternommenen worden sind. Es handelt sich bei diesem Prozeß um Vorbereitung zum Hochverrat. Die Anklage hat dem 27 Jahre alten Eisenbahnbeamten Otto Weindrecht aus Durlach vor, durch Verbreitung des Rundschreibens der Reichsleitung Hamburg-Eden den Versuch gemacht zu haben, die Verfassung gewaltsam zu stürzen, und dadurch ein Hochverratsunternehmen vorbereitet zu haben. In dem Rundschreiben wird zur Bildung militärisch organisierter Kampforganisationen der Kommunisten, zur Aufrichtung der Sowjetmacht und zum Ueberwinden der öffentlichen Gewalt durch eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung aufgefordert. Der Angeklagte, der bei Mannheim-Bezirkskoller ist, gab zu, das Rundschreiben abgeschrieben und mit seiner eigenhändigen Unterschrift versehen zu haben.

Der Strafantrag lautete auf 2 Jahre Festung und 500 Mark Geldstrafe, im Nichtbeitreibungsfalle auf weitere 2 Monate Festung, die durch die Untersuchungshaft für verbüßt gilt, wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik.

Nach einer einhalbstündigen Beratung verkündete der Staatsgerichtshof folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Vergehens zum Hochverrat zu 1 Jahre 3 Monaten Festungshaft und 500 Goldmark Geldstrafe wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verurteilt. Die Geldstrafe wird in Nichtbeitreibungsfalle in einen weiteren Monat Festungshaft umgewandelt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt.

Die Verhandlung gegen den Bauschmiter Schumann aus Brüll wurde von der Zuständigkeit des süddeutschen Senats des Staatsgerichtshofes abgelehnt und die Sigungsperiode geschlossen.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

Tag. Geld	17. 5. nom.	16. 5. nom.		17. 5.	16. 5.
Kopenh.	23¼ G.	23 B	London	4,75,87	4,78
Schweiz	keine Umsätze	keine Umsätze	Madrid	17,72	17,72
Stockh.	"	"	Kopenh.	16,94	16,80
Christ.	"	"	Prag	2,95	2,95
Paris			Wien	0,00	4,45
Madrid			Madrid	—	13 85
Amst.			Zürich	—	—
Brüssel			Spot.	65¾	65¾

New York, Produktenmarkt.

	17. 5.	16. 5.		17. 5.	16. 5.
Leffter Ges.	14⁰/₁₆	14³/₁₆	Gum.	21,00	21,00
— Mai	13,00	12,94	Kaffee	5,50	5,50
— Juli	12,56	12,47	Schmalz	11,45	11,47¾
— Sept.	11,80	11,72	Talg	7¼	7¼
Mehl	11,41	11,36	Zucker	9,62	9,62
— März	11,11	11,07	Reis	9,72	9,71
Kaffee Ges.	15,15	15,50	Petroleum	16,50	16,50
— Mai	30,80	31,17	— Tanks	6,50	6,50
— Juli	28,57	28,90	— Stand wh	13,50	13,50
— Aug.	26,90	27,16	— Cent. Aut.	4,25	4,25
— Sept.	25,65	25,85	Kupfer Juli	4,08	4,01
Zucker	5 000	13 000	— Sept.	4,15	4,08
Zucker Cent.	124	124	Zinn	32,00	31,00
Kupfer	5,17	7,17	— Ges.	35,50	35,50
Blei	5,82	5,82	Baumw. N. Orl.	30,85	31,20
Getreide, Pr.	17. 5.	16. 5.		17. 5.	16. 5.
Weizen	121¼	121¼	Mehl, Sp.	5,10-5,60	5,10-5,50
Korn	121	121¼	Getrd. Frgt.	2 sh 9 d	2 sh 9 d
Hafer	87¼	88	Kaffee	14 cts.	14 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	17. 5.	16. 5.		17. 5.	16. 5.
Weizen Mai	104¼	104¼	Schweine, Juli	10,60	10,65
— Juli	106¾	106¾	Rippen, Mai	9,90	9,87¾
Mais Mai	76¼	76	Speck	10,12½	10,12½
— Juli	75¾	76¼	Schmalz, Juli	7,20	7,05
Hafer Juli	44	44	Schweine, Packer	7,65	7,60
Roggen Mai	89¼	89¾	Schweine, Packer	7,45	7,45
— Juli	67	67	Schweine, Packer	7,65	7,65
— Sept.	68¼	68¼	Schweine, Chicago	4 000	21 000
Schweine Mai	10,40	10,47½	Zufuhr, Chicago	52 000	105 000

Auswärtige Politik.

Die deutschen und die französischen Wahlen. — Poincarés Sturz. — Rußland.

So liegt denn nunmehr das Ergebnis der deutschen und der französischen Wahlen zum Vergleiche vor. Sie sind so ausgefallen, wie wir gehofft und an dieser Stelle als den günstigsten Fall bezeichnet hatten: das deutsche Parlament hat einen Ruck nach rechts, das französische einen Ruck nach links erhalten. Dadurch sind beide Parlamente, die bis dahin nur Pol und Gegenpol der gleichen politischen Beschränktheit gewesen waren, einander näher gekommen. Der Deutsche Reichstag als Pol psychischer Unterwürfigkeit und schwankender „Erfüllungs"bereitschaft, das französische Parlament als der Gegenpol nationalen Dünkels und militaristischer Eroberungsgelüste haben beide im gleichen Maße von dem abgegeben, wovon sie zuviel hatten, und so besteht denn die Hoffnung, daß beide Parlamente sich im Zentrum des gesunden Menschenverstandes treffen mögen.

Denn ohne diesen gesunden Menschenverstand wurde es unmöglich sein, den großen Konflikt zur Lösung zu bringen, der heute noch zwischen Deutschland und Frankreich besteht. Gerade der Mangel an gesundem Menschenverstand war es, der für den bisherigen Leiter der französischen Politik, Herrn Poincaré, so charakteristisch war und der ihn an dieser entscheidenden Stelle zu dem gefährlichsten Schädling gemacht hat. Wenn Palmerston, der Lord Feuerbrand, nach berühmten Parlamentsdebatten pfeifend und trällernd durch die Straßen des nächtlichen Londons seiner Wohnung zuschritt, denn merkte man diesen jahrzehntelangen Leiter der auswärtigen Politik Englands an an, daß in seinen Augen jene Worte es einmal ausdrückt, die Bewegung der Weltgeschichte nichts anderes als ein Zeitvertreib sei, der ausschließlich zum Privatvergnügen des edlen Viscount Palmerston erfunden wurde. Hier ist der Typus des feinsten, englischen Aristokraten, der mit dem Schicksal der Völker ein halbmüdes Spiel treibt, der nichts ernst nimmt, der Kriege entfesselt, weil er damit einem Kollegen die Karriere verderben kann oder vielleicht der Königin, die ihm nicht wohl will, einen Possen spielen will. Ein solcher Typus ist Poincaré nicht. Er ist kein Aristokrat, er ist ein Kleinbürger, nebbisch, gallig, verdrießen, wie diese Masse nun einmal ist, der in seiner Jugend Advokat gewesen ist und nun davon leben muß. Erschien dem Palmerston die Weltgeschichte wie ein Zeitvertreib, so erscheint sie Poincaré wie ein Prozeß, den man gut vorbereiten muß, für den man nicht genug Material beweisbaren kann und von man für zuverlässige Burschen zu sorgen hat, die die wichtigen Eide schwören und die Echtheit der Urkunden bezeugen müssen. Ich bereite er sorgsam den Alibi. Ganz Europa steckt er in Brand, und als er zum Polizeiminister der Versailler Parzenzahlen aufrufen, damals vor zweieinhalb Jahren, als er Premierminister wurde, da ist er völlig in seinem Advokatenelement. Paragraph hängt sich an Paragraph und die Weltpolitik wird zum Zivilprozeß. Er selber wird zum Prozeßhansl. In der Zeit ist es die Starre des Blickes und die Beschränktheit der Perspektive, die seine Bewunderer die Unerschütterlichkeit seines Willens nennen, was ihn zum Nichtstoatsmann macht. Er ist ohne jede Elastizität und weiß sich in der furchtbaren Notlage, in die er seit 1914 sein Land gebracht hat, kein